

Individuelle Lösungen gewünscht

Familienumfrage Jeder soll sein Leben gestalten, wie er will, und alle Arten der Familien- und Kinderbetreuungsmodelle sollen gleichgestellt werden. Das ist das Ergebnis einer umfangreichen Befragung.

Desirée Vogt

dvogt@medienhaus.li

Wenn es um die Familienpolitik geht, so ist jeder Experte. Dieser Umstand ist Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini bewusst – macht es aber auch nicht leichter, Familien so zu fördern, dass sich niemand benachteiligt fühlt. Deshalb hat die Regierung das Liechtenstein-Institut beauftragt, die aktuellen Bedürfnisse der in Liechtenstein wohnhaften Familien zu evaluieren. Das For-

schungsinstitut hat sich an die Arbeit gemacht und eine Onlinebefragung lanciert sowie Folgegespräche geführt. Womit sind Familien unzufrieden? In welchen Bereichen gibt es Optimierungspotenzial? Diese Fragen wurden gestern Abend im Gemeindesaal Eschen beantwortet.

Bezahlter Elternurlaub ein grosser Wunsch

Die Umfrageergebnisse wurden in einem rund 120-seitigen Bericht festgehalten und zeigen: Fa-

milien wollen eine Wahlfreiheit in Bezug auf das Familienmodell – und dafür müssen geeignete Voraussetzungen geschaffen werden. Auch Haus- und Familienarbeit müssten geschätzt werden. Ausserdem wird moniert, dass sich der Staat für Familien – und auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – zu wenig engagiert. Vermisst wird ausserdem eine familienfreundliche Haltung von Unternehmen. Eine Reduktion des Arbeitspensums von Männern werde entwe-

der nicht gestattet oder wirke sich karrierehinderlich aus. Und für Frauen fehle das Angebot an Teilzeitstellen, die ihren erworbenen beruflichen Qualifikationen entspreche. Ausserdem wird betont, dass das Rad in Sachen Familienförderung nicht neu erfunden werden muss, sondern ein Blick ins Ausland zahlreiche funktionierende Systeme als Vorlage biete. Die Ergebnisse zeigen weiter: Rund drei Viertel der Teilnehmer sprechen sich für die Einführung eines bezahlten Elternurlaubs

aus. Frauen wie auch Männer wünschen sich einen längeren Mutterschaftsurlaub wie auch einen bezahlten Vaterschaftsurlaub. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini führte gestern dazu aus, dass ein «ganz grosser Schritt» in diese Richtung politisch kein realistisches Ziel sei. Allerdings könne der heutige unbezahlte Elternurlaub durchaus mit «mehr Leben gefüllt» werden. Die Regierung prüft nun, welche der angegebenen Wünsche der Eltern realisierbar sind. **3**

«Es fehlt an familienfreundlicher Kultur»

Umfrageergebnisse Die Befragung von fast 1000 Erziehungsberechtigten zeigt klar auf, dass in der Frage der Familienförderung auch eine Wertediskussion geführt werden muss. Kinder sind die Zukunft – doch wie viel ist dem Staat diese Zukunft wert?

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Eigentlich war schon nach der Volksabstimmung über die Initiative «Familie und Beruf» der Wirtschaftskammer im Jahr 2016 klar: Familien wollen selber entscheiden, welches Modell sie leben wollen. Egal ob beide Elternteile arbeiten, die Mutter zuhause bleibt, das Kind von den Grosseltern betreut wird oder eine Familie auf eine Kita angewiesen ist: Es muss eine Wahlfreiheit geben. Und alle Familienmodelle sollen gleichbehandelt werden. Dies hat eine Umfrage des Liechtenstein-Instituts erneut bestätigt. Linda Märk-Rohrer und Wilfried Marxer haben 974 Online-Umfragebögen ausgewertet und sogenannte Fokusgespräche mit Elternteilen geführt. Das Interesse sei sehr gross gewesen und die Eltern hätten sich sehr engagiert und viele interessante Rückmeldungen eingebracht.

«Gleichgewicht zwischen Geben und Nehmen finden»

Ja, Wünsche und Bedürfnisse wurden viele eingebracht. Ob die Politik letzten Endes dazu bereit

ist, diese umzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini betonte zwar, dass von den Ergebnissen der Umfrage konkrete Massnahmen abgeleitet werden sollen. Und doch machte er klar: «Wir müssen ein Gleichgewicht zwischen Geben und Nehmen finden.» Will heissen, dass er zwar durchaus Verbesserungspotenzial in der Familienpolitik sieht, aber auch nicht alles schlechtreden will. So verwies er beispielsweise auf den unbezahlten Elternurlaub, bei dem sich viele Möglichkeiten bieten würden, auf welche Art dieser bezogen werden könne. Viele Hilfsangebote des Landes seien zudem gar nicht bekannt. Verbesserungspotenzial ortet er aber ganz klar bei der Pensionskasse bzw. beim Umstand, dass Mütter, die sich auf die Kindererziehung konzentrieren und aus dem Berufsleben zurückziehen, am Ende praktisch ohne Rente dastehen. Hier könnte ersich analog zur Lösung bei der AHV ein Splitting in der zweiten Säule vorstellen, sodass Frauen nicht um ihre Rente fürchten müssten.

Eltern stören sich am «Ungleichgewicht»

Die Durchführung der Umfrage fand übrigens im Herbst 2017 statt – insgesamt wurden 5440 Erziehungsberechtigte in 3000 Familienhaushalten mit Kindern, die jünger als 12 Jahre sind, gebeten, teilzunehmen. 974 Fragebögen seien zurückgekommen, was ein sehr hoher und repräsentativer Rücklauf sei und auf ein grosses Interesse schliesse, sich zur Familienpolitik zu äussern.

Tatsächlich haben sich die befragten Eltern teilweise intensiv eingebracht, wie ein detaillierter Blick in den Bericht zur Familienumfrage zeigt. Nicht nur, dass daraus hervorgeht, wie belastend es Frauen empfinden, wenn sie plötzlich von ihrem Partner finanziell abhängig sind, sondern auch dass sich Männer durchaus bewusst sind, dass sie stark abhängig von der Frau sind, die die gesamte

Kinderbetreuung und Hausarbeit übernimmt. Als wichtigstes Thema bei den geführten «Fokusgesprächen» hat sich, wie bereits erwähnt, die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Modellen herausgestellt. Eine Wahlfreiheit entstehe aber erst, wenn jede Kinderbetreuungsform die gleichen Voraussetzungen mitbringe. Werde eine Form der Betreuung staatlich subventioniert, die andere hingegen nicht, entstehe ein Ungleichgewicht, an dem sich viele stören, heisst es im Bericht von Linda Märk-Rohrer und Wilfried Marxer. Es werde als wichtig angesehen, zu akzeptieren, dass es ganz viele verschiedene Formen der Kinderbetreuung gebe und nicht die einzig Richtige. Es brauche also Toleranz gegenüber denjenigen, die ein anderes Modell wählen als man selbst. Aber es brauche eben auch vonseiten des Staates eine Gleichbehandlung der verschiedenen Modelle. Diese Gleichbehandlung sehen viele als noch nicht verwirklicht an. «Beides sollte gleich viel Berechtigung haben: Eine Frau, die wieder arbeiten gehen möchte, und eine Frau, die daheim bleiben will», so eine Aussage einer Umfrageteilnehmerin.

In den Gesprächen wurde häufig erwähnt, dass es dem Land an einer familienfreundlichen Kultur fehle. Und eine solche Kultur könnte gemäss den Befragten etwa mit Modellen analog der skandinavischen Länder entstehen. Erwähnt wurde etwa das schwedische Modell, wonach auch Männer ein Anrecht auf Elternzeit haben und sich der Elternurlaub durch den Bezug des Anteils der Väter verlängert. «Dadurch, dass man erst einmal die Möglichkeiten schafft und alle Modelle auch möglich sind, kann man vielleicht auch langfristig gesehen ein Umdenken in der Gesellschaft bewirken».

WWW.

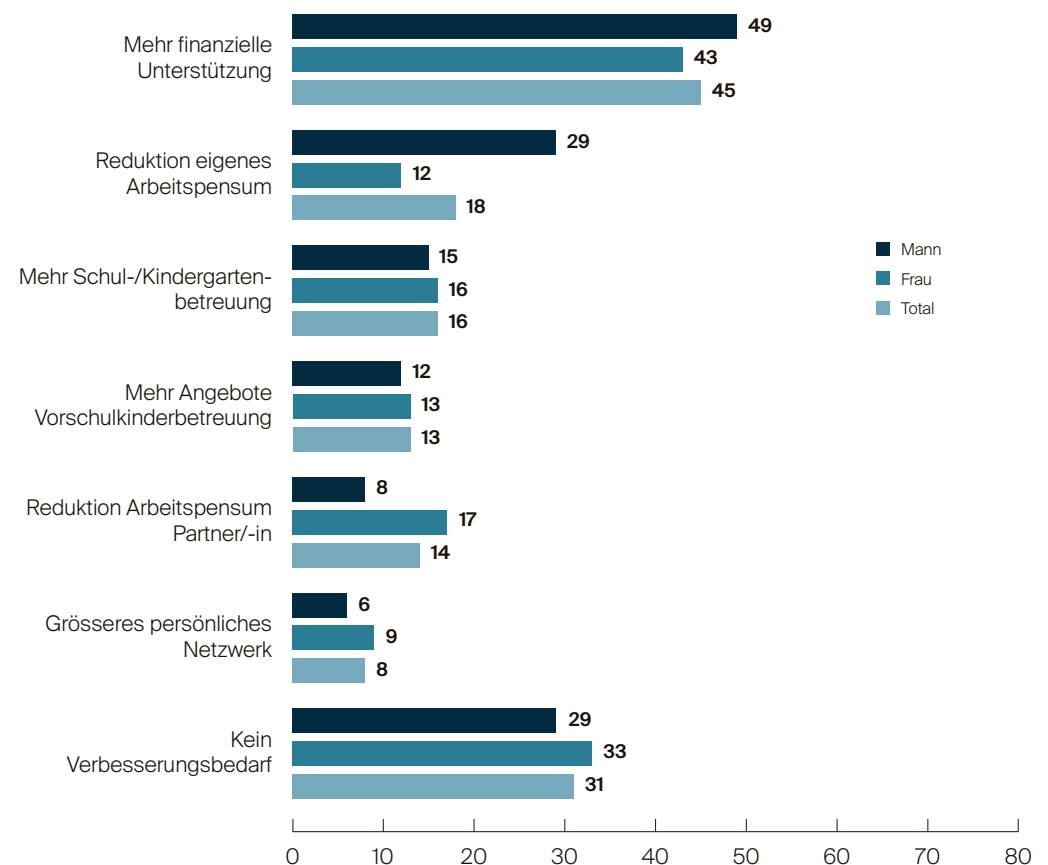
Die vollständige Umfrage finden Sie unter: liechtenstein-institut.li



Wilfried Marxer, Autor der Studie, präsentiert die Ergebnisse.

Bild: D. Schwendener

Was könnte helfen, um die Betreuungssituation der Kinder zu verbessern?



Quelle: Liechtenstein-Institut, Grafik: Katharina Hasler

«Bezahlter Elternurlaub ist auf kurze Sicht kein realistisches Ziel.»



Mauro Pedrazzini
Gesellschaftsminister